

Erwartungen an  
BürgermeisterPolitologe fordert  
Bewusstseinswandel

Gerade in kleineren Städten und Gemeinden Baden-Württembergs nimmt die Bereitschaft ab, öffentliche Ämter wie Bürgermeisterposten und die Mitgliedschaft in Gemeinderäten auf sich zu nehmen. Warum das so ist, analysiert Michael Wehner, Fachmann für politische Bildung in Freiburg.

Von Harald Raab

**FREIBURG.** Eine Gemeinde sucht einen Bürgermeister: Winden im Elztal, Landkreis Emmendingen, ist eine Kommune mit knapp 3000 Einwohnern. Hier leitete Clemens Biehniger (parteilos) 30 Jahre als Bürgermeister die Geschicke des Ortes. Wer traut sich, in seine Fußstapfen zu treten? Es werden Kandidaten oder Kandidatinnen gesucht.

Auch in der Stadt Waldkirch im Breisgau, 21000 Einwohner, tat man sich schwer, mehr als einen Interessenten für das Amt des Stadtoberhauptes zu finden. Oberbürgermeister Richard Leibinger (SPD) scheidet nach 32 Jahren aus.

Dass man zunehmend Probleme hat, Nachfolger für langjährige Rathauschefs aufzutreiben, ist nicht nur in Südbaden festzustellen. Die Lust, sich in einer 70-Stunden-Woche für seine Mitbürger aufzureiben, hält sich immer mehr in Grenzen, auch wenn meist eine ordentliche Besoldung für Wahlbeamte winkt. Am Beispiel Winden sind es 5000 Euro brutto (Besoldungsstufe A15) und in Waldkirch 8000 Euro (B3-Besoldung).

Kleinere Gemeinden sollten  
den Bürgermeister entlasten

Der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Außenstelle Freiburg, Michael Wehner, diagnostiziert hier ein strukturelles Demokratieproblem und fordert dazu auf, über die Ursachen nachzudenken und zu Lösungen zu kommen. Er schlägt vor, eine Diskussion über eine Amtszeitbegrenzung auf 16 Jahre, also nur eine Wiederwahl, zu führen. Zudem müssten kleinere Gemeindeverwaltungen zur Entlastung des Bürgermeisters ihre Mitarbeiterzahl wenigstens um einen



Empfänge, wie hier des Fußball-Nationaltrainers Jogi Löw (links) durch Dieter Salomon (Grüne), Oberbürgermeister von Freiburg (2.v.l.) gehören zur Bürgermeisterpflicht. Die Zahl solcher repräsentativer Pflichttermine ist aber auch in kleinen Gemeinden hoch. FOTO: DPA

## Von 1101 Bürgermeisterposten sind 65 von Frauen besetzt

Familie und Beruf sind speziell in der Kommunalpolitik nur schwer vereinbar. Von den 1101 Bürgermeisterposten in Baden-Württemberg sind gerade 65 von Frauen besetzt. Instrumente und Regelungen, die sonst im Berufsleben Frauen behilflich sind, ihre Aufgaben in der Fa-

milie nicht zu vernachlässigen – Jobsharing oder Teilzeitarbeit –, funktionieren in der Kommunalpolitik kaum. „Ich sehe da mittelfristig kaum eine Möglichkeit, Änderungen herbeizuführen“, sagt Michael Wehner, Experte für politische Bildung aus Freiburg.

persönlichen Referenten des Chefs erweitern. In neun Punkten analysiert der Fachmann für politische Bildung die hochkomplexe Problemlage. „Die Erwartungen der Bürger an die Amtsführung von Mandatsträgern ist gestiegen“, konstatiert Wehner. Hauptmotiv, kein Bürgermeisteramt anzustreben, sei aber immer noch die zeitliche Belastung, quasi immer im Dienst sein und dabei das Privatleben vernachlässigen zu müssen.

Die allgemeine Politikverdrossenheit sei nun auch auf der kommunalen Ebene angekommen, resümiert Wehner. Das finde in den immer geringer werdenden Wahlbeteiligungen ihren Ausdruck. „Es ist so, dass sich nicht nur immer we-

niger Kandidaten für das Bürgermeisteramt oder das eines Gemeinderats finden lassen, sondern auch immer weniger zur Wahl gehen. 50 von 100 Wählern bleiben zu Hause. Nur noch jeder Dritte kann sich ein langfristiges kommunalpolitisches Engagement vorstellen.“

Abwahl von Bürgermeistern nach  
einer Amtszeit wird häufiger

Für die Leistungen der Politiker gebe es kaum Dank und Anerkennung. Dass neue Bürgermeistergenerationen nur noch eine Wahlperiode überstehen, dieses Phänomen nehme zu. So könne das öffentliche Amt schnell zu einem Karriereknick in der beruflichen Laufbahn führen.

Auch sei es nicht jedermanns Sache, sich und seine Familie als Bürgermeister unter die permanente Beobachtung einer ganzen Stadt oder Gemeinde zu stellen.

„Der klassische Kommunalpolitiker, der ohne entsprechende Vorbildung quasi in seiner Freizeit tätig ist, muss als Auslaufmodell gesehen werden“, sagt Wehner. Gerade in kleineren Gemeinden ohne entsprechenden Mitarbeiterapparat sei es unabdingbar, dass ein neuer Bürgermeister, eine Bürgermeisterin ausreichend Verwaltungsqualifikationen und -erfahrung mitbrächten. Auch sei zu beobachten, dass sich Städte und Gemeinden lieber einen Fachmann beziehungsweise eine Fachfrau von auswärts wünschten. Jedoch müsse die Person in der regionalen Mentalität, in der Sprechweise der Menschen dort zu Hause sein.

Notwendig sei aber auch ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft, so das Fazit des Fachmanns. Es dürfe von den Kommunalpolitikern nicht Übermenschliches gefordert werden. Andererseits müsse die Einsicht wachsen, dass die Übernahme von Pflichten für die Allgemeinheit notwendig sei.

Weinheimer Innenstadt  
unter den Top 25

Einzelhandelsqualität von Mittelstädten bewertet

**WEINHEIM.** Die Weinheimer Innenstadt spielt mit ihren Einzelhandelsqualitäten in der deutschen Bundesliga der Städte ihrer Größenordnung – das ist jedenfalls das Ergebnis einer Studie des in Worms ansässigen Instituts für internationales Handels- und Distributionsmanagement. Darauf macht Weinheim jetzt in einer Pressemitteilung aufmerksam. Die Studie des Institutsleiters und Handelsprofessors Jörg Funder wurde für das WirtschaftsMagazin „WirtschaftsWoche“ erstellt und ist Thema einer Reportage in der aktuellen Ausgabe (9/2015).

Im Rahmen der Serie „Wirtschaftswelten“ beschäftigt sich die Redaktion damit, wie schnell sich im Einzelhandel der digitale Wandel vollzieht und wie immer mehr Umsatz aus dem stationären Einzelhandel ins Internet abfließt.

In diesem Kontext hat das Blatt beim Wormser Handelsexperten Funder eine Studie in Auftrag gegeben, welche Mittelstädte in Deutschland (zwischen 20000 und 100000 Einwohner) in diesem Prozess gut aufgestellt sind – und wel-

che schlecht. „Test der Abwehrkräfte“, heißt das Kapitel. Bei den rund 600 näher untersuchten Städten gibt es 25 „Flops“ – darunter etwa zum Beispiel Pirmasens, Bingen am Rhein oder auch Wilhelmshaven – und 25 „Tops“.

Dazu gehört Weinheim. Auf einer Augenhöhe mit der Stadt befinden sich nach der Studie zum Beispiel Bad Mergentheim, Eppingen, Bad Rappenau, Filderstadt, Leutkirch im Allgäu oder auch Unterhaching bei München.

Es wird auch auf die Kriterien eingegangen, die Funders Institut zur Bewertung der Standorte herangezogen hat. Diese sind Kaufkraft, Bevölkerungsentwicklung, Umsatzrends, Zentralität und die Frage, inwieweit es dem Einzelhandel gelingt, Kundschaft von außerhalb anzulocken. (bub)

## MEHR ZUM THEMA

Weitere Informationen zur Studie im Internet unter:

[www.weinheim.de/servlet/PB/show/2970015\\_1/01\\_Wirtschaftswoche\\_Artikel.pdf](http://www.weinheim.de/servlet/PB/show/2970015_1/01_Wirtschaftswoche_Artikel.pdf)

„Radkultur“ in Heilbronn  
und im Kreis Böblingen

Neue Modellkommunen treten Initiative bei

**HEILBRONN/BÖBLINGEN.** Die Stadt Heilbronn und der Landkreis Böblingen mit den Partnerkommunen Leonberg und Schönaichen engagieren sich 2015 im Rahmen der seit 2012 bestehenden „Initiative Radkultur“ des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur (MVI). Erstmals beteiligt sich mit Böblingen in diesem Jahr ein ganzer Landkreis. Bisher gibt es in Baden-Württemberg neun Modellkommunen, die bereits bei der Initiative mitgewirkt haben. Startschuss für die kommunalen Aktivitäten ist am 1. März in Heilbronn. Der Landkreis Böblingen schwingt sich ab 19. April auf den Sattel.

Der Heilbronner Baubürgermeister Wilfried Hajek (CDU) sieht die Initiative als Chance für seine Kommune: „Die Initiative flankiert ideal die Bemühungen der Stadt zum Ausbau des Radverkehrsnetzes und zur Verbesserung des Kli-

mas für Radfahrer. Sie begleitet uns auf dem Weg zu einer fahrradfreundlicheren Kommune.“

Auch Roland Bernhard (parteilos), Landrat des Landkreises Böblingen, freut sich auf die „Radkultur“: „Mit einer Radwegekonzeption haben wir die Weichen gestellt für den Ausbau der Radinfrastruktur im Kreis. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um auf Kreisebene einen Anteil des Radverkehrs von 20 Prozent bis zum Jahr 2020 zu erreichen.“ Zusammen mit den beiden neuen Modellkommunen hat die Initiative des MVI in den vergangenen Wochen eigens auf die lokalen Bedingungen zugeschnittene Programme entwickelt. (sta)

## MEHR ZUM THEMA

Informationen zu den lokalen Angeboten in den Modellkommunen unter: [www.radkultur-bw.de](http://www.radkultur-bw.de)

## STAATSANZEIGERKONGRESS

Symposium – Presse- und  
Öffentlichkeitsarbeit in der  
Verwaltung am 9. März 2015

Mit dem Bürger in Dialog treten, bei der Belegschaft Identifikation mit der Organisation als Marke wecken, Journalisten informieren: Zeitgemäße Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wirkt auf mehreren Ebenen. Das Ziel: der Organisation ein positives Image verleihen. Wie das mit geringen Ressourcen gelingt und wie man die Kommunikation strategisch angeht, dazu geben Ihnen unsere Experten Impulse – beim eintägigen Symposium des Staatsanzeigers im Haus der Wirtschaft in Stuttgart.

Unsere Partner: Landkreis-, Städte- und Gemeindetag Baden-Württemberg.

[www.staatsanzeiger.de/symposium](http://www.staatsanzeiger.de/symposium)

Information, Identifikation, Image –  
Warum Pressesprecher auch  
Markenbotschafter sind

